

Schicht schlaucht

Wenn Beschäftigte nachts oder im Schichtdienst arbeiten, leidet die Gesundheit. Ein wichtiger Grund sind Vereinbarkeitsprobleme.

In der EU mussten 2014 im Schnitt 18,1 Prozent der Beschäftigten jenseits der Standard-Arbeitszeiten – wochentags von 8 bis 18 Uhr – arbeiten. Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit nehmen auch in Deutschland tendenziell zu. Laut einer Studie der Sozialwissenschaftlerin Youngmin Cho von der Case Western Reserve University in Cleveland bringt das gesundheitliche Probleme mit sich.

Belegen kann die Forscherin ihre These anhand von Daten des General Social Survey aus den Jahren 2006, 2010 und 2014, die sich auf über 4.100 US-amerikanische Arbeitnehmer beziehen. Wer abends, nachts, mit Unterbrechung, auf Abruf oder in wechselnden Schichten arbeiten muss, schätzt seine eigene Gesundheit demnach messbar schlechter ein. Zudem ist die Anzahl der Tage höher, an denen im Monat vor der Befragung die seelische Gesundheit beeinträchtigt war. Faktoren wie Alter, Geschlecht, Familienstand, Haushaltseinkommen oder die Länge der Arbeitszeit wurden dabei herausgerechnet.

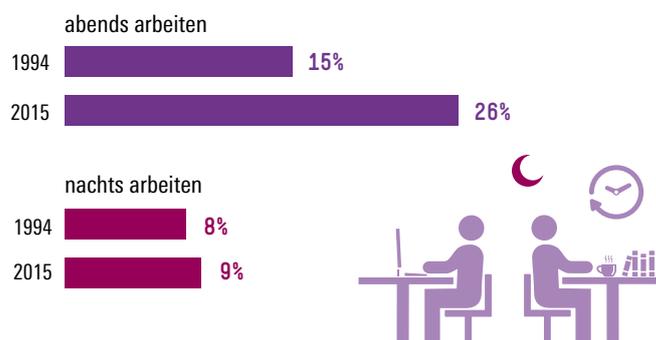
In einem zweiten Schritt zeigt die Analyse, dass Konflikte zwischen Beruf und Familie eine wichtige Rolle spielen. Die Erklärung der Autorin: Ein Feierabend, der auf den Morgen fällt oder ständig wechselt, stört Familienroutinen. Selbst wenn sich Schichtarbeiter Zeit für die Familie nehmen, dürfte ihre

Müdigkeit sich als hinderlich erweisen. Dieser Rollenkonflikt wiederum sei schlecht für die Gesundheit. <

Quelle: Youngmin Cho: The effects of nonstandard work schedules on workers' health: A mediating role of work-to-family conflict, International Journal of Social Welfare, März 2017 (online)

Feierabend ist immer später

Von allen Erwerbstätigen in Deutschland mussten regelmäßig ...



Abendarbeit: 18 bis 23 Uhr; Nachtarbeit: 23 bis 6 Uhr

Quelle: Destatis 2016 Grafik zum Download: bit.do/impuls0795

Hans Böckler
Stiftung



SERIE

Ungleichheit: Wie lässt sich die Datenbasis verbessern?

Als Maßstab für die Einkommensungleichheit dient üblicherweise der Gini-Koeffizient der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen. Empirische Grundlage dafür sind in Deutschland die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das Problem: Bei Befragungen sind die Spitzenverdiener tendenziell unterrepräsentiert. Das führt dazu, dass das Ausmaß der Ungleichheit am oberen Ende der Verteilung unterschätzt wird – und damit auch die Einkommensungleichheit insgesamt.

Für präzisere Schätzungen eignen sich Auswertungen der amtlichen Einkommensteuerstatistik. Seit der Einführung der Abgeltungssteuer im Jahr 2009 werden Kapitaleinkommen allerdings nicht mehr systematisch erfasst, die gerade für das Auskommen der Topverdiener äußerst bedeutsam sind.

Die Rückkehr zur sogenannten synthetischen Einkommensbesteuerung, bei der für Kapitaleinkommen der persönliche Steuersatz gilt, würde auch hinsichtlich der Datenlage einen erheblichen Fortschritt darstellen.

Die Erfassung der Vermögensverteilung in Deutschland gestaltet sich ebenfalls schwierig. Da Vermögen typischerweise sehr viel ungleicher verteilt sind als Einkommen, wäre es umso wichtiger, große Besitztümer in die Berechnungen einzubeziehen. An Bevölkerungsumfragen nehmen superreiche Haushalte jedoch selten oder gar nicht teil. So besitzt der reichste Haushalt im SOEP netto, also nach Abzug von Schulden, „nur“ knapp 50 Millionen Euro. Multimillionäre und Milliardäre, auf die trotz ihrer relativ geringen Zahl sehr hohe

Vermögenswerte entfallen, sind stark unterrepräsentiert. Eine weitere Hürde stellt die marktnahe Bewertung von Vermögensbeständen durch die Befragten dar. Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer – die zwar Teil der Steuergesetzgebung ist, aber in Deutschland seit 1997 nicht mehr erhoben wird – würde verlässliche Messungen deutlich erleichtern. <

QUELLEN

Jan Behringer, Thomas Theobald, Till van Treeck: Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, IMK-Report Nr. 99, Oktober 2014 bit.do/impuls0796

Christian Westermeier, Markus Grabka: Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, DIW-Wochenbericht 7/2015 bit.do/impuls0797